



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VI/231 - 4.10.1951

Hinweise
auf den Inhalt:

SONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 76 54-59
Fernschreiber 039 890

Das deutsche Volk macht hier nicht mit	S. 1
Plevenplan-Konferenz wird überschätzt	S. 3
Schumacher an den Staatsanwalt	S. 4
Falsche Zahlen in FDP-Korrespondenz	S. 5

Fauler Kompromiß in Sicht

(sp) Nach der dritten Runde Bundeskanzler-Hohe Kommissare rückt der faule Kompromiß in greifbare Nähe. Es heißt, daß sich ein vorsichtiger Optimismus im Bundeskanzleramt breit mache. Das alles steht nach bisher vorliegenden Informationen in krassem Widerspruch zu dem tatsächlichen Verlauf der letzten Konferenz von Mehlen. Diese Verhandlungen haben keineswegs ein Entgegenkommen der Alliierten, sondern nur die Annäherung des Bundeskanzlers an den alliierten Standpunkt gebracht.

Wenn es zutrifft, daß die Hohen Kommissare es unter Hinweis auf das Ergebnis von Washington rundweg abgelehnt haben, die deutsche Souveränität als Rechtsproblem auch nur zu diskutieren, dann hätte der Kanzler die Besprechungen am Mittwoch abbrechen müssen; denn er hatte sich darauf festgelegt, daß das Vertragssystem nur geschaffen werden könne, sofern die Alliierten die auf der bedingungslosen Kapitulation beruhenden Rechte im wesentlichen abgeben. Das ist nicht geschehen. Damit ist der Zusammenbruch der Adenauerschen Konzeption besiegelt. Die angekündigte Fortsetzung der Verhandlungen zeigt aber, daß auf deutscher Seite keineswegs die einzig möglichen Konsequenzen gezogen werden: Unter diesen Umständen keine Verträge, keine Integration, keinen Verteidigungsbeitrag und keine Ratifikation des Schuman-Planes. Stattdessen läßt sich der Bundeskanzler von den

westlichen Siegermächten erklären, was wir Deutschen unter Gleichberechtigung zu verstehen haben. Nach der glatten Ablehnung des deutschen Vorschlags für einen gegenseitigen Verteidigungsvertrag, nach dem Beharren auf dem Rechtsboden der vier Sieger von 1945 sollen nun trotzdem Verträge abgeschlossen werden, mit denen die Bundesrepublik das ihr einseitig auferlegte Recht der Besatzungsmächte freiwillig anerkennen würde. Niemand im deutschen Volke wird die Notwendigkeit dazu begreifen. Es gehört im Gegenteil nicht viel politische Phantasie dazu, um zu erkennen, daß die Handlungsfreiheit unseres Staatswesens dadurch nur eingeschränkt würde.

Bundeskanzler Adenauer hat sich die Schlinge selber um den Hals gelegt. Was er an echter Freiheit und Selbständigkeit erhoffte, haben ihm die Alliierten versagt. Das hindert die Gegenseite freilich nicht, ihn beim Wort zu nehmen und die im voraus versprochene deutsche Leistung - Schuman-Plan und Verteidigungsbeitrag - trotzdem zu fordern. Er läßt sich durch alliierte Äußerungen dahin trösten, daß es wirklich souveräne Staaten in Europa überhaupt nicht mehr gebe. Er läßt sich einreden, daß der entscheidende Schritt in Washington nun einmal nicht gemacht sei, die Deutschen aber der weiteren Entwicklung vertrauen müßten. Adenauer sagt aber nicht, daß es um Sein oder Nichtsein der Bundesrepublik geht. Er fragt nicht, warum die Westmächte deutsche Truppen wünschen, wenn sie Deutschland mißtrauen. Er verlangt keine Aufklärung darüber, daß die Vereinigten Staaten das französische Spiel der faktischen Sicherung gegenüber einem Lande spielen, von dem angeblich Partnerschaft verlangt wird.

Der verantwortliche Regierungschef geht offensichtlich den mit dem Petersberger Abkommen beschrittenen Weg der freiwilligen Unterwerfung weiter. Wie immer versucht werden wird, diese fatalen Resultate der Adenauerschen Außenpolitik zu rechtfertigen, das deutsche Volk wird hier nicht mitmachen.

+ + +

Hinter den Kulissen der Europaarmee

A.F. - Paris, Anfang Oktober

Wenn die Franzosen höflich andeuten wollen, daß eine Angelegenheit eigentlich noch in das Gebiet der Phantasie gehört, gebrauchen sie den Ausdruck "une vue de l'esprit", den man wohl am besten mit "geistiger Spekulation" übersetzt. Auch die Europaarmee ist in ihrem jetzigen Stadium noch weitgehend "une vue de l'esprit".

Die Bedeutung der Pariser Plevenplan-Konferenz wird vielfach überschätzt. Die Verhandlungsteilnehmer sind ausschließlich abhängige Beamte, die keinerlei tatsächliche Verantwortung übernehmen können. Alle grundsätzlichen Fragen wurden bis jetzt absichtlich unbeantwortet gelassen. Die Pariser Europaarmee-Konferenz könnte ihre eigentliche Arbeit erst dann beginnen, wenn in Bonn zwischen Deutschland und den Besatzungsmächten eine Einigung über den deutschen Wehrbeitrag einmal erzielt sein sollte.

Inzwischen befassen sich die Sachverständigen des Plevenplanes hauptsächlich mit technischen Fragen. Die Schaffung einer einheitlichen europäischen Armee stellt eine völlige Neuheit dar, die bis in ihre kleinsten Einzelheiten vorbereitet werden muß. Es geht vom Uniformknopf über die Schuhsohlen bis zur Offiziersausbildung. Dabei mag es sich sehr oft für den außenstehenden Beobachter um sehr kleinliche Sorgen handeln, praktisch ist es aber nicht ohne Bedeutung, ob es möglich ist oder nicht, zum Beispiel die Schuhsohlen für die gesamte europäische Armee zu normalisieren. Ernster ist die beabsichtigte Errichtung gemeinsamer europäischer Offiziersschulen, in denen gleichzeitig Angehörige aller beteiligten Länder ausgebildet werden.

Die europäischen Militärsachverständigen erwägen ferner eine keineswegs uninteressante Reform des gesamten Militärdienstes. Eine Dienstzeit von zwei Jahren rechtfertigt sich lediglich aus strategischen Gründen. Für die Ausbildung eines modernen Soldaten genügen im ungünstigsten Falle sechs Monate. Es ist daher wichtig, die verbleibende Zeit von 18 Monaten wirtschaftlich auszunützen und die bisher übliche Arbeitskraftvergeudung zu vermeiden. Selbstverständlich müssen für den Ernstfall die betreffenden Soldaten sofort

militärisch verfügbar bleiben. Eine allgemein gültige Formel scheint bisher noch nicht gefunden worden zu sein.

Auch für die rein politischen und wirtschaftlichen Probleme kristallisieren sich Lösungsmöglichkeiten heraus. Unabhängig von der noch ungeklärten Verteilung der Finanzlast dürfte der Grundsatz eines gemeinsamen, europäischen Militärbudgets allgemein anerkannt sein. Es soll von den höchsten Behörden der Europaarmee ausgearbeitet und dem europäischen Parlament zur Bewilligung unterbreitet werden. Damit würde zum ersten Mal eine europäische, parlamentarische Autorität über tatsächliche Macht verfügen. Diese Absichten gehen weit über die im Schumanplan für die europäische, parlamentarische Behörde vorgesehenen Befugnisse hinaus. Der übernationale Charakter der Maßnahme wird noch dadurch unterstrichen, daß die einzelnen Nationalparlamente zwar weiterhin die erforderlichen Kredite für den Finanzbeitrag des Landes innerhalb der Europaarmee bewilligen müssen, jedoch nicht mehr das Recht haben sollen, die einzelnen Positionen zu diskutieren. Es wird nicht ganz leicht sein, die einzelnen Parlamente dazu zu bewegen, in Zukunft Milliardenbeträge ohne Diskussion einem internationalen Organismus zur Verfügung zu stellen.

+ + +

Klarstellung durch Schumacher-Brief

Die Bundesregierung hat in ihrer Erklärung vom 3. Oktober zu der Entwendung von vervielfältigten Protokollen behauptet, Dr. Kurt Schumacher habe eine Vernehmung als Zeuge in dieser Angelegenheit abgelehnt. Die SPD hat bereits gestern festgestellt, daß Dr. Schumacher, als er durch den Staatsanwalt zu einer Aussprache aufgefordert wurde, nicht wußte und nicht wissen konnte, um was es sich handelt und daß auch der Staatsanwalt selbst ihn darüber nicht unterrichtet hat. Diese Tatsache war der Bundesregierung bekannt. Trotzdem hat sie die oben erwähnte Verdächtigung ausgesprochen. Zur Klarstellung des Sachverhaltes geben wir den Wortlaut des Briefes bekannt, den Dr. Schumacher am 2. Oktober an den Staatsanwalt Dr. Schröder gerichtet hat:

"Sehr geehrter Herr Staatsanwalt,

der Zweck dieser Zeilen ist, Ihnen schriftlich den in unserer telefonischen Unterhaltung vom Dienstag, dem 2. Oktober 1951, 13 Uhr, dargelegten Standpunkt zu fixieren.

Nach reiflicher Überlegung und Rücksprache mit politischen Freunden

4. Oktober 1951

bin ich zu dem Entschluß gekommen, Ihre Einladung in einem Ermittlungsverfahren abzulehnen.

Hierzu haben mich zwei Gründe bestimmt:

- I. 1) Grundsätzliche Bedenken bestehen bei uns, Abgeordnete zu Auskunftspersonen machen zu lassen. Wir sehen darin die Gefahr, daß die Vertrauensstellung der Abgeordneten beeinträchtigt werden könnte.
- 2) Das Thema der Ermittlung ist uns nicht bekanntgegeben worden. Es erscheint uns nicht angemessen, einen Abgeordneten - im besonderen in einer Position des Unterzeichnenden - in einer ihm unbekanntem Angelegenheit vor den Staatsanwalt zitieren zu lassen.

II. Frau Annemarie Renger ist, soweit sie als Sekretärin des Bundestagsabgeordneten Schumacher in Betracht kommt, keine selbständige Auskunftsperson.

Ich habe ihr nach meiner Wahl zum Deutschen Bundestag eröffnet, daß sie in allen Angelegenheiten, die ihr infolge meiner Abgeordnetentätigkeit bekannt werden, in demselben Maß wie ein Abgeordneter zur Verschwiegenheit verpflichtet ist. Diese Rechtsauffassung entspricht der parlamentarischen Praxis. Sie ist in den Verhandlungen des Untersuchungsausschusses 44 bestätigt worden.

Sie dürfen versichert sein, daß bei dieser Stellungnahme die grundsätzlichen Erwägungen des Parlamentsrechts allein bestimmend waren. Diese Erwägungen richten sich weder gegen Ihre Person noch gegen die von Ihnen vertretene Behörde.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Ihr ergebener
Dr. Kurt Schumacher

+ + +

Schlecht verteilte Mittel

Die FDP-Korrespondenz hat vor einigen Tagen eine Liste der Garica-Kreditempfänger veröffentlicht, die nur Teilangaben enthält, z.T. falsche Zahlen nennt und Zeitungen zur SPD rechnet, die alles andere als sozialdemokratisch sind.

Dazu wird von sozialdemokratischer Seite festgestellt:

Mehr als 85 Prozent der Garica-Presse-Kredite gehen nach bis jetzt vorliegenden Informationen an die sogenannte bürgerliche Presse, erklärte heute Fritz Heine vom SPD-Vorstand in Bonn.

Weniger als 15 Prozent der Mittel seien für Zeitungen vorgesehen, die der SPD nahestehen, obwohl diese Zeitungen, sowohl in ihrer Bedeutung im Kampf gegen alle totalitären Bestrebungen, wie ihrem Anteil an der Gesamtauflage nach, eine wesentlich höhere Beteiligung an der Kreditgewährung erwarten durften und erwartet haben.

Es ist kein Geheimnis, daß die sozialdemokratischen Verleger, die in ihrer Mehrzahl keine Kredite erhalten haben, über den Verteilungsschlüssel der Kredite sehr enttäuscht sind. Sie sehen es zum Beispiel nicht als gerecht an, daß geplant ist, einem einzelnen bürgerlichen Verlag einen Kredit zu gewähren, der fast ebenso hoch ist, wie alle Kredite für alle sozialdemokratischen Verlage zusammengenommen.

Der Kredit-Unterausschuß, der die Verteilung der Gelder vornimmt, setzt sich im übrigen aus vier Bürgerlichen und einem Sozialdemokraten zusammen.

Angesichts dieser Tatsachen von einer Bevorzugung der SPD zu schreiben, wie es die FDP-Korrespondenz getan hat, beweist, daß bei den Herren eine bedauerliche Minderung der Fähigkeit eingetreten ist, Tatsachen richtig zu erfassen.

+ + +

Kreml organisiert Deutschenhaß

(sp) Berlin ist in diesen Tagen erneut von den Sowjets zum Schauplatz einer Offensive gegen den Westen gemacht worden, ohne daß sich die Weltöffentlichkeit dessen bewußt geworden wäre. Vom Kreml ist in Ostberlin das Europäische Arbeiterkomitee zusammengerufen worden. - Die Hauptaufgabe dieser Tagung des europäischen Arbeiterkomitees, das, wie das Weltfriedenskomitee, zu den wichtigsten kommunistischen Stoßtruppantern gehört, bestand darin, vor allem die westeuropäischen Völker vor der Gefahr eines angeblichen, mit USA-Hilfe wieder aufgerichteten deutschen Imperialismus zu warnen. Dem deutschen Arbeiterkomitee ist dabei die wichtige Aufgabe zugedacht, die Satellitenorganisationen von der Aggressionslust der Bonner Regierung und der SPD zu überzeugen. - Die Aktionen der kommunistischen Arbeiterkomitees sollen gleichzeitig eine deutschfeindliche Haltung der breiten Massen Westeuropas für den Fall vorbereiten, daß Moskau vielleicht doch einer Wiederherstellung der deutschen Einheit die Wege jetzt ebnen muß. Die Berliner Konferenz diente damit der künftigen Isolierung des deutschen Volkes vom Westen, wobei schon jetzt die teilweise noch aus der Kriegszeit bestehenden politischen Antipathien gegen das deutsche Volk ausgenutzt werden sollen.

Verantwortlich: Peter Raunau